

Neujahrsempfänge können kurzweilig oder anstrengend sein. Das hängt nicht nur von den vielen persönlichen Gesprächen, sondern auch ein Stück weit von der Ansprache des Gastgebers ab, der ganz gerne auch mal einen hochrangigen Politiker einlädt, um das Neueste aus der großen Politik erzählen zu lassen. Da das aber recht langatmig werden kann und ohnehin parteipolitisch geprägt wäre, bleibe ich bei der guten Tradition, die wichtigsten Themen des zurückliegenden bzw. des gerade begonnenen Jahres selbst aufzugreifen und ins Bewusstsein zurückzuholen.

Keine Angst. Ich habe nicht vor, die vielen kleinen und großen Bau- und sonstigen Maßnahmen, von denen es auch 2015 eine ganze Reihe sichtbarer, aber auch kaum wahrnehmbarer gab, aufzuzählen. Es reicht, wenn ich darauf in den sieben Bürgerversammlungen im April und Mai eingehe, wohlwissend, dass dazu wohl insgesamt deutlich weniger Gäste kommen werden als heute zum Neujahrsempfang.

Ob das Interesse an Kommunalpolitik an der Anzahl der Besucher bei Bürgerversammlungen oder Gemeinderatssitzungen, zu denen sich nicht selten kein einziger Gast verirrt, zu messen ist, glaube ich nicht. Vielmehr werte ich die überschaubare Beteiligung als Zeichen der grundsätzlichen Zufriedenheit mit der Arbeit des Bürgermeisters und seines Gemeinderates.

Ich möchte mich am heutigen Abend auf drei Themen konzentrieren, die uns nicht nur im letzten Jahr sehr stark beschäftigt haben, sondern auch in 2016 und einigen darauf folgenden Jahren fordern werden.

A wie Asyl

Die Diskussion über die humanitäre Verpflichtung, Menschen auf der Flucht aufzunehmen und eine menschenwürdige Bleibe zu geben, die Belastbarkeit der Bevölkerung hier bei uns in Deutschland verbunden mit der Frage, ob es eine Obergrenze für die Aufnahme geben muss und wenn ja, wie hoch die Zahl sein soll, was mit den darüber hinaus gehenden Flüchtlingen passiert, warum es eine Verteilungsgerechtigkeit geben muss und wie die auf den unterschiedlichsten Ebenen von der EU bis hinunter auf die Landkreismunicipalitäten erreicht werden kann, und nicht zuletzt wie wir es schaffen sollen, die vielen Menschen zu integrieren, die ein Anrecht haben, bei uns zu bleiben, hat auch uns hier vor Ort sehr stark und unmittelbar beschäftigt.

Ich fasse meinen Standpunkt, bei dem ich den Gemeinderat fast vollständig hinter mir weiß, gerne noch einmal zusammen. Der Markt Giebelstadt ist seiner Verantwortung viel früher als andere Gemeinden gerecht geworden und hat die Möglichkeit geschaffen, fast 70 Asylbewerber im Ort unterzubringen – in einem gemeindlichen und einem privaten Mehrfamilienhaus, beide zuvor grundlegend saniert. Dies bietet die Möglichkeit, die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nicht nur zu beherbergen, sondern auch zu integrieren.

Dass dieses nicht ganz einfache Unterfangen bislang so gut funktioniert hat, ist den vielen Freiwilligen zu verdanken, die sich dieser Aufgabe angenommen haben. Hilfestellung bei Behördengängen oder Arztbesuchen, Beschaffung von dringend benötigter Bekleidung und Ausstattung oder Deutschkurse, die den integrationswilligen Menschen helfen sollen, die nächsten Schritte zur Selbstständigkeit erfolgreich gehen zu können, Arbeitsplätze zu finden oder den normalen Alltag hier in Deutschland ohne fremde Hilfe bewältigen zu können – all das passierte unaufgeregt, ohne großes Aufsehen und mit dem Ergebnis, dass unsere Asylbewerber ein Teil des Alltagslebens geworden sind. Und das ist gut so!

Herzlichen Dank sage ich an dieser Stelle den vielen Ehrenamtlichen, die sich dieser wichtigen Aufgabe angenommen haben. Ohne Sie wäre es nicht gelungen, die zusätzliche Belastung für unsere Gemeinde so gering wie möglich zu halten.

Namentlich erwähnen möchte ich die Personen, die von Anfang an mitgeholfen haben und besonders stark eingebunden sind:

Vera Neidlein, Ulrike Priefer und Kim Kanhai bei der Betreuung der Flüchtlinge in den beiden Unterkünften, Martina Baumann und Monika Schmitt bei der Konzeption und Organisation der Deutschkurse.

Einige der durch die Bank freundlichen und dankbaren Menschen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder der Ukraine sind nun schon seit einem halben Jahr Giebelstädter – auch wenn wahrscheinlich nur auf Zeit.

Vielen Dank, liebe Ehrenamtliche – und da beziehe ich alle ehrenamtlich Engagierten, die in den unterschiedlichsten Bereichen etwas für unsere Gesellschaft tun, mit ein – wir brauchen jeden von Euch auch weiterhin ganz dringend!

Zu meinem Standpunkt zur Aufnahme von Asylbewerbern gehört aber auch – und da weiß ich die überwältigende Mehrheit der gesamten Bevölkerung hinter mir -, dass es in der ehemaligen Militärkaserne Flugplatz Giebelstadt, dem jetzigen Gewerbegebiet Airpark, keine Flüchtlingsunterkunft geben darf. 2½ km außerhalb der bebauten Ortslage, mitten in einem Gewerbegebiet, kann Integration nicht funktionieren. Dort 100, 150 oder vielleicht noch viel mehr Menschen auf engem Raum unterzubringen, führt unweigerlich zu einem Ghetto. Die Folgen wären fatal und in erster Linie von uns zu tragen.

Mir ist natürlich bewusst, dass der Druck auf die Gemeinde weiter zunehmen wird, umso stärker, je länger der Flüchtlingsstrom in unveränderter Größe anhält. Es ist kein Geheimnis, dass der neue Eigentümer der ehemaligen Unteroffiziersunterkunft auf dem Flugplatz die Immobilie „aus humanitären Beweggründen“ der Regierung von Unterfranken zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten hat und trotz der klaren Ablehnung durch die Gemeinde das Gebäude für eine solche Nutzung herrichtet. Das zu tun, ist legitim. Wo Geld zu verdienen ist, werden Bedenken gerne mal zur Seite geschoben oder durch passende Argumente ersetzt.

Erlaubt sein muss aber auch die Frage: Wo bitte bleibt die Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier leben?

Zur Ehrenrettung des Investors möchte ich aber nicht unerwähnt lassen, dass er auch einer gemeindeverträglichen Nutzung, z. B. durch Vermietung als Büros, aufgeschlossen gegenübersteht.

Bislang halten wir die rechtlichen Trümpfe in der Hand. Der Gemeinderat hat durch seinen Bebauungsplan deutlich gemacht, dass er eine Flüchtlingsunterkunft im Airpark ausschließt. Diese Haltung habe ich mehrfach und unmissverständlich artikuliert und werde das auch weiterhin tun, egal ob

- beim Regierungspräsidenten, der mit seinem Mitarbeiterstab bei der Verteilung des zugewiesenen Kontingents aus nachvollziehbaren Gründen bevorzugt nach großen Liegenschaften Ausschau hält,
- beim Landrat, dessen Personal händeringend nach Unterbringungsmöglichkeiten für die Asylbewerber sucht, die ihm die Regierung Woche für Woche zuweist,
- und auch bei meinen Bürgermeisterkollegen, von denen einige nach wie vor Unverständnis über unsere konsequente Abwehrhaltung zeigen.

Die gilt wie bereits erwähnt aber nur für den Flugplatz, nicht für die Gemeinde selbst, denn innerorts haben wir unsere Pflichtaufgabe im Gegensatz zu vielen anderen mehr als erfüllt. Zunächst sollten die anderen nachziehen, bevor wir an den Pranger gestellt werden.

Machen wir uns aber nichts vor. Wir stehen erst am Anfang einer riesigen gesellschaftlichen Herausforderung.

- Wie stellen wir den Wohnraum für diejenigen zur Verfügung, deren Asylanträge anerkannt sind und die die bisherigen Unterkünfte verlassen müssen?
- Wie viel Familiennachzug wird es geben?
- Gibt es genügend Arbeitsplätze, die für die notwendige Selbständigkeit unserer neuen Bürgerinnen und Bürger erforderlich sind?
- Wie gelingt eine dauerhafte Integration?

Das alles sind Fragen, auf die es noch keine Antworten gibt.

Den Kopf vor den Problemen in den Sand zu stecken, war schon immer der falsche Weg. Wir wollen daher auch weiterhin agieren, statt reagieren, und uns so unserer Verantwortung stellen.

B wie B19

Ein weiteres Jahr ist vergangen, ohne dass eine belastbar positive Aussage zur Umsetzung der Maßnahme oder gar ein verlässlicher Termin für den Baubeginn vorliegen würde. Der dafür maßgebliche Bundesverkehrswegeplan 2015 hat es leider nicht rechtzeitig geschafft, im dafür vorgesehenen Jahr vorgelegt zu werden. Das soll jetzt in Kürze erfolgen, um den Entwurf anschließend bewerten, einer Öffentlichkeitsbeteiligung unterziehen und nach einer grundlegenden Abwägung beschließen zu können. Das kann, so befürchte ich, das ganze Jahr dauern. Es ist nun mal nicht einfach, die vielen Wünsche und aus Sicht der jeweils Betroffenen allesamt notwendigen, bundesweit fast 1.900 verschiedenen Straßenbaumaßnahmen richtig zu gewichten.

Was heißt das für unsere B19-Ortsumgehung, über die seit nunmehr bald vier Jahrzehnten mal mehr, mal weniger intensiv diskutiert wird?

Fakt ist, dass die Maßnahme vom Freistaat Bayern für den vordringlichen Bedarf gemeldet wurde. Dies ist die Voraussetzung für die entsprechende Einstufung im neuen Bundesverkehrswegeplan. Fakt ist auch, dass das Bundesverkehrsministerium bereits im November 2012 sein Einverständnis zum Vorentwurf erteilt und die Oberste Baubehörde des Freistaats Bayern diesen genehmigt hat. Das Hauptproblem neben den hohen Kosten war aber, wie hinlänglich bekannt, das Fehlen der Ausgleichsflächen.

Seit vergangenem Herbst liegt hierzu nun eine Lösung auf dem Tisch, die mich zu der Aussage verleitet: Die Hürden sind endlich so weit abgesenkt, dass sie überwindbar sind.

Danke sage ich an dieser Stelle dem Bayerischen Staatssekretär des Innern, Herrn MdL Gerhard Eck, der es durch seinen entschiedenen Einsatz erreicht hat, dass die bisherigen Verfechter einer vorherigen Bereitstellung der Ausgleichsflächen einen völlig neuen Weg mitgehen. Wieder einmal dürfen wir Vorreiter spielen.

Mit der so genannten **institutionellen Sicherung** und den **in die landwirtschaftliche Produktion integrierten Flächen** ist es nun erstmals möglich, mit Pachtflächen zu arbeiten. Das ist in Zeiten, in denen so gut wie keine landwirtschaftlichen Flächen trotz irrational hoher Preise zu erwerben sind – zumindest gilt das für die öffentliche Hand – ein ganz entscheidender Schritt.

Ob der eingeschlagene Weg erfolgreich sein wird, hängt trotzdem ganz entscheidend vom neuen Bundesverkehrswegeplan ab. Im nächsten Schritt werden die von den Fachbehörden geprüften und in den so genannten Referentenentwurf eingestellten Maßnahmen veröffentlicht. Anschließend können diese von weiteren Behörden und Verbänden sowie – das ist neu – von interessierten Privatpersonen, die sich dazu äußern möchten, beurteilt werden. Die Ergebnisse fließen in eine Nutzen-Kosten-Bewertung ein, die Grundlage für den Kabinettsbeschluss sein wird.

Auch wenn ich durchaus Verständnis dafür habe, wenn viele der vom Lärm und Gestank geplagten Anwohner der B19 inzwischen nur noch Zweckoptimismus oder Galgenhumor übrig haben, so ist es wenig hilfreich, wenn einige kaum Betroffene das Thema für andere Zwecke missbrauchen. Populistische Parolen finden immer offene Ohren. Wenn die Energie, die für kommunalpolitische Stimmungsmache aufgewendet wird, stattdessen in konstruktive Unterstützung und Vorschläge zur Beschleunigung fließen würde, wäre der Sache ganz sicher mehr gedient.

Da das Staatliche Bauamt das Planfeststellungsverfahren, die für die Baumaßnahme erforderliche Genehmigungsphase, erst nach Beschluss des neuen Bundesverkehrswegeplans einleiten darf, bleibt nur, die Hausaufgaben zu erledigen. Das bedeutet, dass ein schlüssiges Konzept für die Bewirtschaftung der Ausgleichsflächen vorliegen muss, damit die Landwirte wissen, auf was sie sich einlassen sollen.

Danke sage ich Herrn Lukas vom AfELF, der sich sehr intensiv und, wie es aussieht, auch erfolgreich für die Reduzierung der Ausgleichsflächengröße eingesetzt hat. Sobald das Konzept und die Bedingungen für die institutionelle Sicherung vorliegen, wird sich der Marktgemeinderat damit beschäftigen.

Alles in allem sind es noch viele Hürden, die zu überwinden sind. Ein realistischer frühester Baubeginn wäre 2018 – vorausgesetzt, die politische Weichen für die dringend erforderliche Entlastung unserer Ortsmitten werden konkret - und nicht wie in der Vergangenheit nur vage in Aussicht - gestellt. Dann böten sich auch Chancen, auf die ich in meinem dritten und letzten Themenfeld eingehen möchte.

S wie städtebauliche Entwicklung

Vielleicht haben Sie ja im Mitteilungsblatt Januar die Termine für die Auftaktveranstaltung in zwei Wochen und die beiden Bürgerwerkstätten im März bemerkt. Mithilfe unserer Bürgerinnen und Bürger und unter fachlicher Anleitung des beauftragten Planungsbüros möchten wir ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeiten, das sowohl als Grundlage für die Weiterentwicklung der Gemeinde als auch der Förderung der daraus resultierenden wichtigen Einzelmaßnahmen dient.

Auch wenn sich die Städtebauförderung mit dem Bund-Länder-Programm **Soziale Stadt** auf den Gemeindeteil Giebelstadt erstrecken wird, bleiben die übrigen Gemeindeteile nicht außen vor – auch wenn der nachweislich unberechtigte Vorwurf der Benachteiligung immer wieder mal geäußert wird. Aufgrund der Größe stehen nun mal andere Fördertöpfe zur Verfügung, die wir z. B. beim Dorfgemeinschaftshaus Eßfeld als Dorferneuerungsmaßnahme erfolgreich anzapfen konnten.

Ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept, kurz ILEK, haben wir bereits – mit den zentralen Themen Innenentwicklung und Beseitigung von Leerständen als Projekt der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden. Wir sind hier auf einem guten Weg.

Dass trotz des Bestrebens, die Innenentwicklung zu stärken, auch die Außenentwicklung ihren Platz findet, stellen wir aktuell mit der behutsamen Ausweisung von Bauplätzen in Eßfeld und in Giebelstadt unter Beweis. Sicher wäre es sehr viel bequemer, ein Baugebiet nach dem anderen an den Ortsrändern in die freie Landschaft zu setzen. Abnehmer für Bauplätze gäbe es derzeit genügend. Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit den Ressourcen, die wir haben, müssen wir aber das Rückgrat besitzen, nicht jeder Forderung nachzugeben.

Wir wachsen weiter, inzwischen auf fast 5.400 Einwohner, auch mit oder gerade wegen der bisherigen Strategie, indem wir unsere Kompetenzen weiter stärken. Unsere Infrastruktur ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können, ein Trumpf im Hinblick auf die Entscheidung, hier zu bleiben oder hierher zu ziehen. Ärztliche Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Kindergarten, Schule, Vereine und Freizeitangebote – all das machen den Wohnwert einer Gemeinde aus. Wir werden daher den Weg konsequent fortsetzen und weiter, insbesondere in die soziale Infrastruktur, investieren.

Wichtige Beschlüsse sind bereits gefasst:

- für die Schulerweiterung, damit die dringend benötigten Räume für die Mittagsverpflegung und zusätzlichen Zimmer für die Ganztagschulbetreuung baldmöglichst geschaffen werden,
- für den Bau einer Dreifeld-Sporthalle, um nicht nur für die Schule und den Kindergarten ausreichend Sportmöglichkeiten zu schaffen, sondern auch den Vereinen im Gemeindegebiet die benötigten Hallenkapazitäten bereitzustellen.
- für die notwendige Umgestaltung des Schulgeländes, zu der auch die Schulstraße gezählt werden muss.

Weitere Beschlüsse im Hinblick auf eine positive städtebauliche Entwicklung werden gefasst, wenn die Voraussetzungen dazu vorliegen.

Eine gesunde finanzielle Basis für die sinnvollen und notwendigen Investitionen haben wir dank einer soliden und wirtschaftlichen Haushaltsführung in der Vergangenheit, aber selbstverständlich auch dank der Einnahmen, die Sie, liebe Gewerbe- und Einkommenssteuerzahler, uns jedes Jahr zur Verfügung stellen. Sie dürfen sicher sein, dass wir auch in Zukunft alles dafür zu tun werden, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Interessante Projekte warten auf uns und ich möchte Sie herzlich dazu einladen, an der Entwicklung unserer Gemeinde aktiv mitzuwirken. Es lohnt sich!

Bevor ich im letzten offiziellen Teil die Ehrungen verdienter Bürgerinnen und Bürger vornehmen darf, hören wir noch einmal „La Ola“ mit „l'Italiano“.